

Food & Drink

e-briefing

Food and Drink – Europa, Österreich, Schweiz, Deutschland

11/2011

Seite

- 1 Die neue EU-Lebensmittelinformationsverordnung kommt
- 2 Genetisch veränderte Lebensmittel dürfen nicht mehr ohne vorherige Zulassung in den Verkehr gebracht werden
- 2 Selbstbedienungsverkaufsboxen für Brot und Gebäck
- 2 Gesundheitsschädliche Lebensmittel: Lebensmittelunternehmer müssen Öffentlichkeit informieren
- 3 Auch Gesetzgeber sind fehlbar
- 3 Neue Kennzeichnungsvorschriften in der EU – die Schweiz wird nachziehen
- 3 Internetportal „Lebensmittelklarheit.de“ – was macht die Schweiz?
- 4 Bundesgericht schränkt nächtliches Verkaufsangebot bei Tankstellen-shops ein
- 4 AOC/GGA Abkommen Schweiz – EU tritt am 1.12.2011 in Kraft
- 5 News von Eversheds
- 6 Team Food & Drink



Mag. Alexander Stolitza. Managing Partner, Rechtsanwalt

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist uns ein Anliegen, Sie über neue gesetzliche Regelungen und Änderungen in der Rechtsprechung zu informieren. Mit diesem Newsletter geben wir Ihnen einen Überblick über aktuelle Neuerungen im Bereich Lebensmittelrecht.

Wir wünschen Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre und freuen uns auf jegliches Feedback.

Mag. Alexander Stolitza.



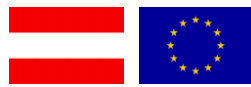
Die neue EU-Lebensmittelinformationsverordnung wird kommen

Nach langem Streit hat das EU-Parlament am 06.07.2011 der neuen Lebensmittelinformationsverordnung zugestimmt. Mit der Bestätigung vom Rat der Europäischen Union und der Publikation im Amtsblatt wird die Verordnung in Kraft treten. Die Mitgliedsstaaten haben diese binnen 3 Jahren bzw. hinsichtlich der Nährwertkennzeichnung binnen 5 Jahren in innerstaatliches Recht umzusetzen.

Die wichtigsten Änderungen betreffen folgende Punkte:

- **Nährwertkennzeichnung:** Die Nährwertkennzeichnung wird Pflicht und muss fortan auf jedem Lebensmittel erfolgen.
- **Allergene:** Die Kennzeichnung von Allergenen wird nun erstmals auch für lose Ware verpflichtend. Stoffe, die Allergien und Unverträglichkeiten auslösen können, müssen zudem in der Zutatenliste besonders hervorgehoben werden.
- **Herkunftskennzeichnung:** Künftig sind Herkunftskennzeichnungen nicht nur für Rindfleisch, sondern auch für Schweine-, Schaf-, Ziegen- und Geflügelfleisch verpflichtend.
- **Lebensmittelimitate:** Sogenannte Lebensmittelimitate wie zum Beispiel „Analogkäse“ müssen deutlich als solche gekennzeichnet werden.
- **Warnhinweise für koffeinhaltige Lebensmittel:** Auf koffeinhaltigen Lebensmitteln müssen für Kinder, Schwangere und Stillende Warnhinweise angebracht werden.
- **Angabe des Einfrierdatums:** Künftig muss bei gefrorenem Fleisch und unverarbeiteten Fischprodukten das Einfrierdatum angegeben werden.
- **Mindestschriftgröße:** Verpflichtende Informationen müssen mindestens in 1,2 mm Schriftgröße gedruckt werden und gut lesbar sein.
-

Die neue EU-Lebensmittelinformationsverordnung soll mehr Transparenz für den Verbraucher bringen. Sie wird in Österreich die Lebensmittelkennzeichnungsverordnung (LMKV) sowie die Nährwertkennzeichnungsverordnung ablösen. Für Unternehmen der Lebensmittelindustrie bedeutet das, sich aufs Neue geänderten Rechtsvorschriften anpassen zu müssen. Auch bereits ältere und seit langem unbeanstandet verwendete Verpackungen sollten deshalb regelmäßig überprüft werden, um stets den gesetzlichen Anforderungen gerecht zu werden.



Genetisch veränderte Lebensmittel dürfen nicht mehr ohne vorherige Zulassung in den Verkehr gebracht werden

Der EuGH (C-442/09, Bablok ua) hat kürzlich entschieden, dass Honig und Nahrungsergänzungsmittel, die den Pollen eines *genetisch veränderten Organismus* (GVO) enthalten, nur mehr mit vorheriger Zulassung in den Verkehr gebracht werden.

Wesentliches Merkmal für die Einstufung als „GVO“ ist nach Auffassung des EuGH die Fähigkeit des GVO sich zu vermehren oder genetisches Material zu übertragen. Auch ist es für Lebensmittel, die bloß aus GVO hergestellte Zutaten enthalten (wie bspw. Honig oder Nahrungsergänzungsmittel) unbeachtlich, ob der Pollen dem Produkt (bspw. dem Honig) absichtlich zugeführt oder lediglich zufällig beigemischt wurde. Im Übrigen besteht die Zulassungspflicht unabhängig vom Anteil des genetisch veränderten Materials im jeweiligen Produkt.



Selbstbedienungsverkaufsboxen für Brot und Gebäck

In Beantwortung eines Vorabentscheidungsersuchen des Unabhängigen Verwaltungssenats Wien hat der EuGH zur Lebensmittelhygieneverordnung Stellung genommen. Im Ausgangsverfahren hatte der EuGH zu beurteilen, ob Selbstbedienungsverkaufsboxen für Brot und Gebäck in Lebensmittelgeschäften an sich schon deshalb einen Verstoß gegen die Lebensmittelhygieneverordnung [VO (EG) 852/2004] darstellen, da ein potentieller Käufer die Gebäckstücke anniesen oder mit bloßen Händen berühren könnte.

Vorauszuschicken ist, dass in gegenständlichem Verfahren die zuständige Behörde keine tatsächliche Kontamination feststellen konnte. Gemäß Anh II Kap IX Nr 3 der VO (EG) 852/2004 müssen Lebensmittel auf allen Stufen des Vertriebs vor Kontamination geschützt werden, die sie für den menschlichen Verzehr ungeeignet oder gesundheitsschädlich machen. Dennoch hat der EuGH die Auffassung vertreten, dass der denkmögliche Umstand allein und die bloße theoretische Möglichkeit einer Kontamination der Gebäckstücke in Selbstbedienungsverkaufsboxen durch potentielle Käufer, nicht ausreichen, um eine Verletzung der Lebensmittelhygieneverordnung darzustellen.

Vielmehr müssen im Einzelfall Maßnahmen berücksichtigt werden, die der jeweilige Unternehmer getroffen hat, um die Kontaminationsgefahr zu verhindern, auszuschalten oder auf ein annehmbares Maß zu reduzieren.



Gesundheitsschädliche Lebensmittel: Lebensmittelunternehmer müssen Öffentlichkeit informieren

Seit 19.10.2011 sind Lebensmittelunternehmer im Einzelhandel verpflichtet unverzüglich die Öffentlichkeit zu informieren sofern ein Grund zur Annahme besteht, dass ein von ihnen vertriebenes Lebensmittel gesundheitsschädlich und dadurch eine größere Bevölkerungsgruppe gefährdet ist.

Gemäß Verordnung des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) muss diese Information durch deutlich sichtbaren und leicht lesbaren Aushang bei den Kassen

erfolgen und hat zumindest folgende Informationen zu enthalten: Bezeichnung des Lebensmittels, sowie den Erzeuger, Hersteller, Importeur oder Vertreiber, die Information, weshalb das Lebensmittel gesundheitsschädlich ist, eine Warnung vor dem Verbrauch des Lebensmittels, den Hinweis, dass die Warnung nicht besagt, die Gesundheitsschädlichkeit des Lebensmittels ist vom Erzeuger, Hersteller, Importeur oder Vertreiber verursacht worden, sowie die getroffenen oder beabsichtigten Maßnahmen.

Verfügt der Lebensmittelunternehmer überdies über eine Internetseite, über die Lebensmittel vertrieben werden, so muss die Öffentlichkeit auch auf dieser entsprechend informiert werden.



Auch Gesetzgeber sind fehlbar!

Der Anreicherung von Lebensmitteln mit ernährungsphysiologischen Stoffen (wie etwa den Vitaminen A und D sowie Mineralstoffen und Aminosäuren) stand in der Vergangenheit der weite Zusatzstoffbegriff des LFGB entgegen. Nach § 2 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 bis 4 und § 6 LFGB wurden diese Stoffe unter ein Verbot mit Erlaubnisvorbehalt gestellt. Nunmehr hat der BGH mit seiner Entscheidung "Glucosamin" festgestellt, dass die vorgenannten nationalen Bestimmungen, welche die Verwendung ernährungsphysiologischer Zusatzstoffe beschränken, im Hinblick auf das vorrangig anzuwendende Gemeinschaftsrecht nicht anwendbar wären. Nach der Rechtsprechung des EuGH liefe es dem Gemeinschaftsrecht zwar grundsätzlich nicht zuwider, dass ein Mitgliedstaat verbietet, Lebensmittel ohne vorherige Genehmigung in den Verkehr zu bringen, wenn ihnen Nährstoffe zugefügt worden sind. Für die Verhältnismäßigkeit einer solchen Regelung müsse diese jedoch ein leicht zugängliches und innerhalb eines angemessenen Zeitraums abzuschließendes Verfahren vorsehen, welches es den Wirtschaftsteilnehmern ermöglicht, die Aufnahme in die nationale Liste der zugelassenen Stoffe zu erreichen. Der BGH rügt, dass es an einem solchen Verfahren gerade fehle. Das Verbot mit bloßem Erlaubnisvorbehalt der § 2 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 bis 4 und § 6 LFGB für die Anreicherung von Lebensmitteln mit ernährungsphysiologischen Zusatzstoffen ist damit obsolet. Das BMELV erarbeitet derzeit ein neues Zulassungsverfahren, welches den gemeinschaftsrechtlichen Anforderungen genügen soll.



Neue Kennzeichnungsvorschriften in der EU - die Schweiz wird nachziehen

Es ist das erklärte Ziel des BAG, das schweizerische Lebensmittelrecht mit demjenigen der EU möglichst zu harmonisieren. Die im Oktober 2011 in der EU verabschiedeten neuen Vorschriften zu Lebensmittel- und Nährwertkennzeichnung werden im Rahmen des sogenannten „autonomen Nachvollzugs“ auch in das Schweizer Lebensmittelrecht Eingang finden. Das bedeutet, dass voraussichtlich bis Ende 2014 die Verordnung zur Kennzeichnung von Lebensmitteln (SR 817.022.21 LKV) entsprechend angepasst werden wird.



Internetportal „Lebensmittelklarheit.de“ – was macht die Schweiz?

Das Internetportal der deutschen Verbraucherzentralen soll nach seiner Zielsetzung Informationen rund um Kennzeichnung und Aufmachung von Lebensmitteln bieten und Konsumenten und Anbietern als Diskussionsplattform dienen. Ein Blick auf das Portal zeigt aber, dass die Bedenken der Wirtschaft gegen diese Plattform begründet sind, wird es doch von Verbrauchern genutzt, um Produkte anzuprangern, die nach ihrer – subjektiven – Auffassung nicht korrekt gekennzeichnet sind, auch wenn deren Kennzeichnung den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Das Portal ist bei schweizerischen Konsumentenschutzorganisationen auf grosses Echo gestossen und sie fordern für die Schweiz eine analoge Plattform.

Gemäß Medienmitteilung vom 4.10.2011 will das BAG nun in einem Vorprojekt die Möglichkeiten, Trägerschaft und rechtliche Voraussetzungen eines solchen Portals prüfen. (<http://www.bag.admin.ch/themen/lebensmittel/04857/index.html?lang=de>)

In der Schweiz besteht bereits heute ein breites und verlässliches Informations-Angebot verschiedener Stellen über Lebensmittel. Die Aufmachung und die Kennzeichnung von Lebensmitteln werden durch die kantonalen Lebensmittelkontrollbehörden (Kant. Laboratorien) regelmässig durch Stichproben auf deren Gesetzmässigkeit geprüft. Die Kontrollen umfassen auch Websites von Anbietern. Dank der weitreichenden Kompetenzen der Behörden sind diese in der Lage, bei Verstössen schnell zu reagieren. Für ein zusätzliches „Kontroll“-Instrument wie ein „Internet-Pranger“ besteht kein Bedarf, ein solches Portal dient auch nicht der Erhöhung der Lebensmittelsicherheit in der Schweiz, die bereits heute auf einem sehr hohen Niveau ist. Bleibt zu hoffen, dass das BAG die beschränkten Ressourcen nicht für ein Internet-Portal verzettelt, dessen Nutzen höchst zweifelhaft ist.



Bundesgericht schränkt nächtliches Verkaufsangebot bei Tankstellenshops ein

Tankstellenshops sind teilweise rund um die Uhr offen und bieten ein breites Angebot auch an Lebensmitteln und anderen Artikeln an. Das Bundesgericht hat sich in einer kürzlich publizierten Entscheidung (BGE 136 II 427) zu den arbeitsgesetzlichen Grundlagen zur Beschäftigung von Personal an Tankstellen in der Nacht beschäftigt. Dabei hielt das Gericht fest, dass Abweichungen vom Nacht- und Sonntagsarbeitsverbot „unentbehrlich“ sein müssen und im Interesse eines wirksamen Arbeitnehmerschutzes die Ausnahme bilden müssen. Der Wunsch nach Detailhandelsprodukten könne ausserhalb von nächtlichen Öffnungszeiten befriedigt werden, es handle sich dabei nicht um ein Angebot, an dem in der Nacht ein im überwiegenden öffentlichen Interesse zu befriedigendes Bedürfnis bestehe.

Konkret führt der Entscheid dazu, dass 24-Stunden-Tankstellenshops in der Zeit zwischen 01.00 h bis 05.00 h nur die Grundbedürfnisse für Reisende wie Benzinausschank und eine minimale Versorgung über das Bar- und Bistroangebot anbieten dürfen.



AOC/GGA Abkommen Schweiz – EU tritt am 1.12.2011 in Kraft

Nach dessen Unterzeichnung durch die Schweiz im Mai 2011 hat auch der EU-Ministerrat das Abkommen genehmigt, sodass es am 1.12.2011 in Kraft treten kann.

Damit verpflichten sich die Schweiz und die EU-Mitgliedstaaten, ihre geschützten geographischen Angaben (GGA oder IGP) bzw. ihre geschützten Ursprungsbezeichnungen (GUB oder AOC) gegenseitig anzuerkennen.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Mag. Alexander Stoltzka, Wien, a.stoltzka@eversheds.at.

Dr. Joos Hellert, München, joos.hellert@eversheds.de

Dr. Leonz Meyer, Zürich, leonz.meyer@eversheds.ch

News von Eversheds

Webinar am 25. November 2011: Neue Vorschriften zur Lebensmittelinformationsverordnung

Die neuen Regelungen im Rahmen der Lebensmittelinformationsverordnung bringen allgemeine Anforderungen an die Nahrungsmittelkennzeichnungspflicht in eine europaweite Verordnung zusammen. Die Überarbeitung der Verordnung bedeutet einschlägige Änderungen für Produzenten, Einzelhändler und Lebensmittellieferanten.

Sie sind eingeladen, sich im Rahmen eines kostenfreien, einstündigen Webinars mit Hilfe unserer Food & Drink Experten Prof. Owen Warnock und Dr. Joos Hellert über die Inhalte und Auswirkungen der neuen Verordnung ein praktisches Bild zu machen.

Im Rahmen des Webinars haben Sie zudem die Möglichkeit, Fragen an die Experten zu stellen.

Das Webinar findet am 25. November 2011 von 10-11 Uhr (MEZ) statt.

Weitere Informationen und die Möglichkeit, sich zum Webinar anzumelden, finden Sie unter www.heisse-kursawe.com mit Klick auf „News“ und „Veranstaltungen“.

Kontakt

Für weitergehende Informationen kontaktieren Sie bitte:

Mag. Alexander Stoltzka
Managing Partner
Tel +43 1 516 20 150
a.stoltzka@eversheds.at
www.eversheds.at

Eine vollständige Liste aller Büros von Eversheds International Limited finden Sie unter www.eversheds.com

Team Food and Drink

Wir freuen uns, Ihnen in diesem Rahmen unser Team „Food & Drink“ aus Österreich, Deutschland und der Schweiz vorstellen zu können:



Mag. Alexander Stoltzka
Managing Partner – Eversheds, Wien

Alexander Stoltzka betreut nationale und internationale Handels- und Industrieunternehmen aus dem Anlage- und Konsumgüterbereich. Mitglied des Boards von Eversheds International, London, Vertrauensanwalt der Schweizerischen Botschaft in Wien.

Tel: +43 1 51620 150
Email: a.stoltzka@eversheds.at



Dr. Leonz Meyer, LL.M.
Managing Partner – Eversheds Schmid Mangeat, Zürich
Gründungspartner SCHMID Rechtsanwälte

Anwaltliche Tätigkeit in Brüssel und London, langjähriger Partner bei einer der größten Schweizer Wirtschaftskanzleien. Verwaltungsrat verschiedener Schweizer Gesellschaften, Beiräte und Aufsichtsräte österreichischer Unternehmen.

Tel: +41 44 204 90 90
E-Mail: leonz.meyer@eversheds.ch



Dr. Joos Hellert, LL.M.
Partner – Heisse Kursawe Eversheds, München

Joos Hellert hat sich auf Mandanten im Bereich Einzelhandel und Konsumgüterindustrie spezialisiert. Vor seinem Eintritt bei Heisse Kursawe Eversheds war Joos Hellert als Head of Legal für Burger King in Zentraleuropa tätig und daher insbesondere auch für den Bereich des Lebensmittelsrechts verantwortlich.

Tel: +49 89 545 65 185
E-Mail: joos.hellert@eversheds.de



Martina Fronia, M.A.
Mid-level Associate – Heisse Kursawe Eversheds, München

Martina Fronia berät insbesondere im Wettbewerbsrecht, Werbe- und Medienrecht. Zu den Mandanten von Martina Fronia zählen nationale sowie internationale Unternehmen, vornehmlich führende Unternehmen aus dem Gesundheitsbereich.

Tel: +49 89 545 65 262
Email: martina.fronia@eversheds.de



Mag. Jakob Leinsmer

Associate – Eversheds, Wien

Jakob Leinsmer beschäftigt sich intensiv mit allen rechtlichen Fragen im Umfeld von Gesundheit, Nahrung, Produktsicherheit und Kennzeichnung von Lebensmitteln und sonstigen Produkten.

Tel: +43 1 516 20 150

Email: j.leinsmer@eversheds.at

Diese Veröffentlichung hat den Stand November 2011. Die darin enthaltenen Informationen sind allgemeiner Natur und ohne vorherige Beratung im Einzelfall nicht als Entscheidungsgrundlage geeignet. Insbesondere ersetzen sie keine rechtliche Beratung im Einzelfall. Für die Vollständigkeit und Richtigkeit der in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen wird keine Haftung übernommen.

© Eversheds (Wien), Heisse Kursawe Eversheds Rechtsanwälte Partnerschaft (München), Eversheds Schweiz (Zürich),

Als redaktioneller Ansprechpartner im Sinne des § 5 MedG steht Ihnen zur Verfügung: Frau Stefanie Bandau, Heisse Kursawe Eversheds Rechtsanwälte Patentanwälte Partnerschaft, Maximiliansplatz 5, 80333 München, Deutschland, s.bandau@heisse-kursawe.com

Eversheds Wien – Lambert Rechtsanwälte OG ist im Firmenbuch des Handelsgerichtes Wien unter FN FN 279 030p eingetragen. Heisse Kursawe Eversheds, Eversheds Schweiz und Eversheds Wien sind Mitglieder von Eversheds International Limited.